Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 2.30 RM., vierzehntägig 1.10 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Pfotenhauerstraße 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Pfotenhauerstraße 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundzeile: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 200 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Vorausbestellung 10 Pf.

Nr. 119 | Dresden, Mittwoch den 23. Mai 1928 | 39. Jahrg.

Der rasende Reporter

Seine Erfindungen zur Regierungsbildung

In der bürgerlichen Presse schwirren die Kombinationen und Vermutungen über die künftige Regierungsbildung munter durcheinander. Otto Braun wird bereits als Reichskanzler genannt. Der Soz. Pressedienst stellt demgegenüber fest, daß irgendwelche Verhandlungen mit der Sozialdemokratie über die kommenden Dinge bisher nicht stattgefunden haben und wahrscheinlich auch vor dem Rücktritt der Regierung kaum stattfinden werden. Alle entgegengesetzt lautenden Nachrichten sind unwahr und frei erfunden.

Die Germania erklärt, daß alle bisher verbreiteten Nachrichten über Beratungen des alten Vorstandes der Zentrumsfraktion zur politischen Lage aus der Luft gegriffen seien. Der offizielle Pressedienst der Zentrumspartei sagt zu dem Ergebnis der Wahlen:

„Das Zentrum kann warten und überläßt die Initiative für alles weitere denen, die dazu auf Grund des Wahlergebnisses die Verpflichtung haben. Wenn man es braucht, ist das Zentrum bereit, doch nur unter der Voraussetzung, daß man ihm nichts zumutet, was mit seinen unverzichtbaren Grundsätzen unvereinbar wäre."

Die Verpflichtung zur Initiative hat zunächst nicht die Sozialdemokratie, sondern der Reichspräsident.

*

Nationalliberale Erkenntnisse

Das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, die Nationalliberale Korrespondenz, schreibt zu dem Ausfall der Reichs- und Landtagswahlen:

„Geirrt haben sich endlich jene Unbelehrbaren, die immer noch von einem Frontalangriff gegen die Sozialdemokratie einen Erfolg für das Bürgertum erhoffen. Der Ausfall der diesjährigen Maiwahlen hat sie ein für allemal über den Irrtum ihrer grundsätzlich falschen politischen Taktik aufklären."

Scholz als „Unbelehrbarer"! Immerhin eine Charakteristik, die von volksparteilicher Seite erfreulich anmutet. Nur glauben wir nicht, daß ihn die Maiwahlen „ein für allemal über den Irrtum seiner falschen politischen Taktik" aufgeklärt haben.

Ergänztes Wahlergebnis

Die vorläufigen amtlichen Ergebnisse der Reichs- und Landtagswahlen liegen jetzt aus allen Wahlkreisen vor. Das bisher bekannte vorläufige amtliche Ergebnis war insofern unvollständig, als z. B. in dem Ergebnis von Potsdam I die Stimmzahlen von Berlin-Reinickendorf fehlten. Sie liegen jetzt vor, so daß sich das Parteienverhältnis im Wahlkreis Potsdam I wie folgt darstellt:

Sozialdemokraten	341 314	(275 436)
Deutschnationale	224 135	(284 814)
Zentrum	21 367	(22 555)
Deutsche Volkspartei	64 752	(71 100)
Kommunisten	168 006	(109 957)
Demokraten	50 489	(56 847)
Linke Kommunisten	3 811	(—)
Reichspartei f. d. Mittelstand	19 716	(43 823)
Nationalsozialisten	16 283	(25 751)
Völkisch-nationaler Block	15 417	(—)

Die Sozialdemokratie erhält auf Grund dieses ergänzten Ergebnisses im Wahlkreis Potsdam I noch ein (sechstes) Mandat, das dem Redakteur der Brandenburger Zeitung, Fritz Ebert, zufällt. Von der Reichswahlliste der SPD. gelten bisher nur neun Kandidaten als gewählt. Für das 10. Mandat, für das im Eventualfall der Führer des Allgemeinen Deutschen Beamtenbunds, Falkenberg, in Frage kommt, fehlen noch etwa 3000 Stimmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich diese Stimmen bei der endgültigen Zählung durch Berichtigungen der vorläufigen Zahlen ergeben, so daß die Sozialdemokratie statt 153 insgesamt 156 Sitze für den Reichstag erhalten würde.

Wie Berlin wählte

Das endgültige Ergebnis der Reichstagswahlen in der Reichshauptstadt weist für die Sozialdemokratie 815 029 Stimmen gegen 697 281 im Mai 1924 auf. Die Sozialdemokratie gewann also 118 000 Stimmen. Die insgesamt abgegebenen 2 478 773 Stimmen (2 299 758) verteilen sich auf die Parteien wie folgt:

Sozialdemokraten	815 029	(697 281)
Kommunisten	611 190	(375 038)
Deutschnationale	440 216	(549 266)
Demokraten	140 229	(249 983)
Volkspartei	139 767	(149 316)
Zentrum	82 131	(99 657)
Wirtschaftspartei	65 655	(78 331)
Nationalsozialisten	39 023	(46 371)
Völkische	21 566	(—)
Linke Kommunisten	8 639	(—)
Volksrechtpartei	7 490	(—)
USPD.	3 527	(14 036)
KPD.	2 449	(—)

Die Abstimmung zum Preußischen Landtag führte vom unwesentlichen Einzelheiten abgesehen, zu dem gleichen Verhältnis der Parteien in Berlin. Auch hier konnte die Sozialdemokratie allein mehr als ein Drittel aller in Berlin abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen.

*

Kommunistischer Ulk

D. **Berlin**, 22. Mai. (Eig. Funkspruch.) In der Dienstagsitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung schwang der kommunistische Stadtverordnete Lange mit hochgehobenem Arme eine mit einem Trauerflor versehene halbverbrannte schwarzweißrote Fahne und wandte sich zu den Deutschnationalen mit den Worten: „Haltet fest am Gebet", eine Verulkung des letzten deutschnationalen Wahlplakates. Dann legte er die Fahne auf den Tisch des Stadtverordnetenvorstehers nieder, der sie sofort entfernen ließ. Später versuchten die Kommunisten die Fahne an einer andern Stelle des Sitzungssaales anzubringen. Sie wurden daran von Deutschnationalen und Volksparteilern gehindert.

*

Von den Durchgefallenen

Unter den bei den bürgerlichen Parteien durchgefallenen Reichstagskandidaten befinden sich eine ganze Reihe, die auf diese oder jene Art unrühmlich bekanntgeworden sind. So der bisherige deutschnationale Abgeordnete Rippel, ein Seespatz und begeisterter Angänger des Schund- und Schmutzgesetzes, der schwarzweißrote Schwärmer Bodjuhn und der Verteidiger des Zehnstundentages Lejeune-Jung. Auch der bisherige deutschnationale Abgeordnete Freiherr v. Stauffenberg, der seinerzeit an seinen Parteifreunde Bazille den gehässigen Brief über das Zentrum und den Katholizismus geschrieben hat, kehrt nicht wieder.

Vom Zentrum sind mehrere, ausgesprochen sozial- und linksorientierte Abgeordnete durchgefallen. Die rechtsstehenden Mitglieder der alten Zentrumsfraktion kehren dagegen restlos wieder. Durchgefallen ist u. a. auch der „Fürstenfreund" Schulte-Breslau. Von der Preußischen Landtagsfraktion des Zentrums kehrt der Besitzer der „Germania", der Abgeordnete von Papen, ein Westarpsaner im Zentrum, nicht wieder. Ebenso ist der Geschäftsführer des Reichsverbandes Deutscher Windhorstbünde, Dr. Krone, nicht wieder in den Reichstag gewählt worden. Da im übrigen der in der Pfalz gewählte Abgeordnete Benersdörfer nicht dem Zentrum, sondern der Bayrischen Volkspartei zuzuzählen ist, ermäßigt sich die Zahl der Zentrumsmandate im neuen Reichstag auf 61, während sich die Zahl der Bayrischen Volksparteiler von 16 auf 17 erhöht.

Von den Demokraten hat u. a. der Abgeordnete Heuß, ein begeisterter Freund des Schund- und Schmutzgesetzes, sein Mandat eingebüßt.

Im Dezember 1924 zogen 45 Kommunisten in den Reichstag ein. Von ihnen sind nur 32 wiedergekehrt. 32 sind neugewählt, darunter nur zwei bekannte Personen: Pieck und Paul Fröhlich. 15 Mitglieder der kommunistischen Fraktion, unter ihnen Rosenberg, Scholem, Ruth Fischer, Urbahns, Korsch, Katz, waren teils ausgeschieden, teils ausgeschlossen worden. Nicht nur sie kehren nicht wieder, auch 8 andere, die bis zuletzt als Mitglieder der offiziellen Fraktion zeichneten, sind verschwunden, so Creutzburg, Reddermeyer und Rosenbaum. Die „Verräterprüfung" ist sehr scharf gewesen.

Justiz der Standesherren

D. **Münster**, 22. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Das Landgericht Münster hat sich ausgerechnet einen Tag nach den Wahlen in dem Aufwertungsprozeß der drei Standesherren Herzog von Arenberg, Fürst von Salm-Salm und Fürst Salm-Horstmar im Sinne der Kläger für eine 40prozentige Aufwertung der Staatsrenten entschieden. Die fürstlichen Herren würden danach Beträge von insgesamt rund 250 000 Mark erhalten.

*

Der neue Reichstag wird diesem Skandal durch ein entsprechendes Gesetz über die Abfindung der Standesherren schleunigst ein Ende machen müssen. Das Zentrum hat ein derartiges Gesetz bisher immer nur versprochen; die Sozialdemokratie wird es nunmehr nochmals mit Nachdruck fordern. Das Zentrum hat dann Gelegenheit, endlich Farbe zu bekennen.

Entscheidungskampf um Peking

Peking, 22. Mai. Die Nachrichten besagen, daß die nationalen Südtruppen heute die Entscheidungsschlacht südlich von Peking auf der Linie Paoting—Tschangtschau gewonnen haben und ihren Vormarsch auf Peking—Tientsin fortsetzen. Man erwartet einen erneuten Widerstandsversuch Tschangtsolins vor der Stadtmauer Pekings. Die japanischen Frauen und Kinder haben Peking verlassen. General Tschiangkaischek, Feng und Yenhsihsien befinden sich vor Paoting, um gemeinsam in Peking einzuziehen. In der Stadt selbst ist es ruhig. Das Gesandtschaftsviertel ist in Verteidigungszustand gesetzt. Die Japaner beabsichtigen, Tschangtsolin nach seinem Zusammenbruch nicht nach der Mandschurei zurückzutreiben, sondern die gesamte Sieger-Armee an der Grenze der Mandschurei zu entwaffnen.

Der Autonomisten-Prozeß

Von Hermann Wendel

Kolmar, 22. Mai. Die Anklage des Staatsanwalts, die Autonomisten hätten ein „Komplott gegen Frankreich" geschmiedet, wurde von den Verteidigern als jeder tatsächlichen Grundlage entbehrend erwiesen. Man wolle die deutsche Kultur, die deutsche Tradition aus dem Kopfe der Elsaß-Lothringer vertreiben, obwohl sie in ihren Herzen Franzosen seien. Freisprechung müsse erfolgen. Die Geschworenen werden am Donnerstag das Urteil sprechen.

Die fünfzehn in Kolmar angeklagten Autonomisten genießen den Vorteil, nicht wie in deutscher Zeit ähnlichen Vergehens Beschuldigte von den roten Roben des Reichsgerichts, sondern von Geschworenen, also von Laien und Landsleuten, abgeurteilt zu werden. Es ist schwer vorstellbar, daß der alemannisch gesunde Menschenverstand der Jury nicht zu glattem Freispruch kommen sollte, denn kläglicher ist selten eine politische Anklage zusammengebrochen als diese.

Die Ricklin und Genossen, zum Teil Führer, zum Teil Mitläufer der autonomistischen Bewegung im Elsaß, waren einer Verschwörung gegen die innere Sicherheit des Staates angeklagt. In der dreiwöchigen Verhandlung erwiesen sich die einzelnen als alles möglichst, als Starrköpfe, als Hitzköpfe, als Querköpfe, als Wirrköpfe; auf der Hand lag, daß sie gegen eine oft unfähige Verwaltung redlich geraunzt, geschimpft und gespuckt hatten; auch hob sich der klerikale Kern der ganzen Bewegung zum Greifen deutlich hervor. Aber noch von dem verbissensten dieser Unzufriedenen gilt höchstens Schillers: „Kühn war das Wort, weil es die Tat nicht war!" Für eine Verschwörung, ein „Komplott" blieb auch der winzigste Beweis aus. Trotz seiner Selbstsicherheit steckte der Staatsanwalt in keiner guten Haut, da ihn seine Belastungszeugen bis auf die Knochen bloßstellten. Neben Polizeibütteln, die, auf Nr. 00 geklemmt, Autonomistenversammlungen belauschten, von „autonomistischer Malerei" fabelten, Albrecht Dürer für einen Untertanen Hindenburgs hielten und auch sonst wie orientalische Märchenerzähler wirkten, trat ein freiwilliger Lockspitzel namens Riehl auf, der ungefähr das verächtlichste Exemplar dieser verächtlichen Menschengattung darstellt, indem er Frankreich im Gossenton anpöbelte, Gelder für autonomistische Blätter hergab, zu Gewalttaten aufputschte, hatte er die Autonomisten ans Messer liefern wollen; aber auch sein Eifer und Geifer war umsonst verschwendet.

War die Verhandlungsleitung keineswegs einwandfrei, so unterschied sie sich doch zuweilen vorteilhaft von der mancher politischer Prozesse in Deutschland. Da einer der Angeklagten betonte, er sei ein guter Franzose, aber vor allem

Dr. Ricklin, der Führer der elsässischen Autonomisten und Hauptangeklagte im Colmarer Prozeß

Pazifist, fiel der Präsident lebhaft ein: „Alle guten Franzosen sind es mit Ihnen!" Wann wäre je an deutschem Richtertisch ein solches Bekenntnis erklungen? Aber dieses Wort liefert zugleich einen Schlüssel zum Verständnis der psychologischen Hintergründe des Prozesses. Die Justiz steht hier nicht nur im Dienst der überkommenen zentralistischen Staatsauffassung Frankreichs, die auch durch eine Nabelschnur mit dem demokratischen Gedanken verbunden ist, denn wie die Große Revolution den Zentralismus schuf, so verurteilten sich alle gegenrevolutionären Vorstöße seitdem föderalistisch, regionalistisch, autonomistisch; noch 1871 während der Kämpfe gegen die Kommune lautete das beliebteste Schlagwort der Versailler Reaktion, man müsse Paris décapiter et décapitaliser, enthaupten und enthauptstädten. Aber ebensoviel an gesundem Pazifismus lebt in der Abwehr des Autonomismus, weil in Frankreich jedermann und gerade der Linksgerichtete, der Demokrat, der Radikale, der Sozialist, fürchtet, daß durch jene Bewegung das Elsaß aufs neue zum Herd werde, an dem sich ein deutsch-französischer, ein europäischer, ein Weltkrieg entzündet. In der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19280523/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG